

Helga Grebing

Die Bedeutung der Sozialdemokratie im historischen deutschen Osten für die Geschichte der Arbeiterbewegung und der Demokratie

2013 gab es anlässlich des 150. Jahrestages der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins durch Ferdinand Lassalle in Leipzig viele Gelegenheiten für traditionsbewusste Nachfahren der deutschen Arbeiterbewegung, ihre politischen Aktivitäten mit historischer Rückerinnerung zu begleiten. Nicht immer ist dies so gelungen, wie es dem historischen Kenntnisstand entsprochen hätte. So war es schon immer schwierig und ist es noch, die Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Deutschland mit dem Jahr 1863 beginnen zu lassen.

Das wäre mit 1848 einfacher, und wenn es nun schon 1863 sein soll, dann hätte die Kontinuität zwischen 1848 und 1863 einer stärkeren Betonung bedurft – immerhin waren einige führende Leute des ADAV 1848er Revolutionäre. Darin allerdings blieb die Gründung des ADAV historisch verlässlich, dass sie den Beginn einer organisatorischen Kontinuität markiert, die bis heute reicht. Unterbelichtet blieb allerdings, dass die Gründung des ADAV den historischen Ausgangspunkt für die Trennung der emanzipatorischen Bemühungen des liberalen Bürgertums und der sich konstituierenden Arbeiterbewegung gebildet hat. Die Liberalen begaben sich damals auf den Weg, der ihre ursprünglichen Ziele auf den Kopf stellte; denn sie wollten nun erst die nationale Einheit, die sie auch bekamen, dann erst die demokratische Freiheit, die sie nicht erhielten.

Der in Breslau geborene Ferdinand Lassalle und seine Mitstreiter dagegen wollten wegen dieses liberalen Paradigmenwechsels eine radikal-demokratische Variante des linken Liberalismus begründen: zentralistisch, kleindeutsch-preußisch und getragen von dem neuen ‚Vierten Stand‘, den Arbeitern. Diese betrachtete Lassalle nicht als ‚Klasse‘ im modernen Sinne; denn als Arbeiter bezeichnete er alle, die sich „in irgendeiner Weise der menschlichen Gesellschaft nützlich zu machen“ willens waren. In der Frühzeit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung waren die Träger der neuen Partei, des ADAV, Handwerker, wandernde Gesellen, manchmal sogar Handwerksmeister, durchaus auch Akademiker und zum zunächst geringen Teil Fabrikarbeiter, wie sie dann in der Hochzeit der industriellen Revolution nach der Reichsgründung massenhaft entstanden. Lassalle war der Gründer des ADAV, aber nicht der Gründer der deutschen Arbeiterbewegung. Das waren viele Menschen vor und nach ihm, denkt man an Wilhelm Liebknecht, den 1848er Revolutionär, und an August Bebel, den späteren ‚Arbeiterkaiser‘, die sich beide dem ADAV nicht anschlossen, sondern zunächst eigene Wege gingen. Das mindert die Leistungen Lassalles nicht, selbst dann nicht, wenn er bis zum heutigen Tag oft und gern politisch motiviert in Anspruch genommen wird.

Es gibt einen weiteren historiografisch geglückten Anfang der Rückerinnerung an 150 Jahre sozialdemokratische Geschichte: das Zurückholen von bereits geschichtslos gewordenen Inhalten, Begebenheiten, Orten und nicht zuletzt Menschen in das aktuelle Geschichtsbewusstsein. Dazu gehört die wenn auch nur langsam fortschreitende

Wahrnehmung der historischen Bedeutung der durch den SED-Unrechtsstaat total geschliffenen sozialdemokratischen Hochburgen in den ostdeutschen Ländern der Bundesrepublik. Dazu gehört ebenso das wenn auch zögerliche Wiedererkennen der Bedeutung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in den Ostprovinzen Preußens für die regionale und auch die allgemeine deutsche Kultur- und Sozialgeschichte. Der Königsberger Wilhelm Matull hat sich als erster darum intensiv bemüht. Ihm zu folgen auf vielleicht noch frei zu legenden Spuren sollte als herausfordernde Aufgabe angenommen werden. Denn die preußischen Provinzen im historisch gewordenen deutschen Osten waren eben nicht nur agrarisch, adlig, kirchlich und konservativ-junkerlich, sondern sie waren in Gestalt der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung das Sprachrohr des anderen, demokratischen Deutschland im deutschen Osten.

Zur Beweisführung dieser Behauptung konzentriere ich mich auf Breslau und Königsberg. Beide Orte waren keine Gründungsorte der Sozialdemokratie, konnten es nicht sein wie die frühindustrialisierten Regionen in Sachsen und in den Rheinprovinzen. Der Aufstieg der Arbeiterbewegung war eben verknüpft mit der Industrialisierung und dem sie begleitenden technologischen Fortschritt, vor allem nach der Reichsgründung. Davon blieben die preußischen Ostprovinzen zunächst weit entfernt. Zudem wurde hier die noch junge Arbeiterbewegung in besonders harter Weise vom Sozialistengesetz getroffen, weil es keine schützenden Netzwerke von einigermaßen funktionierender organisatorischer Festigkeit gab. Daher gelang der Sozialdemokratie in den preußischen Ostprovinzen der Durchbruch erst mit dem Ende des Sozialistengesetzes.

Warum nun die Fokussierung gerade auf Breslau und Königsberg? Beide östlichen sozialdemokratischen Hochburgen spiegeln zwei verschiedene Strömungen in der Geschichte der Sozialdemokratie wider, die vordergründig als einander ausschließend verstanden werden könnten, tatsächlich aber in den Grundmotiven die gleichen Zielen verfolgten. Sicherlich könnten Erzählungen über Görlitz, Liegnitz, Stettin, Danzig und Teile von Westpreußen, vorausgesetzt es gäbe jeweils genügend Quellenmaterial, das Bild bunter machen, aber es wohl kaum grundsätzlich verändern. Für die deutsche Demokratiegeschichte hatte die Sozialdemokratie in den preußischen Ostprovinzen gerade deshalb eine herausragende Bedeutung, weil sie gegen eine durch Jahrhunderte geprägte konservativ-agrarisch-junkerliche Dominanz und gleichzeitig eine reüssierende Bourgeoisie ankämpfen musste. Daher bedeutet Erinnerungsarbeit keine einfältige Nostalgie, sondern Vergewisserung der Wertehorizonte einer sozialen Bewegung, die noch immer belebende Kraft für eine soziale Demokratie besitzt.

Breslau hatte seine ‚goldenen Zeiten‘ – im 16. Jahrhundert. Die Stadt war damals eine der größten Städte Europas als Handelsmetropole, auf der sich die wichtigsten europäischen Handelswege von Nord nach Süd kreuzten. Das änderte sich im 17. Jahrhundert, wo sich die Handelswege von West und Nord ausgehend nach Ost verlagerten und Breslau dadurch seine Bedeutung verlor. Erst im 19. Jahrhundert konnte sich die Stadt zu einer modernen Großstadt mit Industrie, Handel, Gewerbe, Eisenbahnverbindungen, Bildungs- und

Forschungseinrichtungen entwickeln, allerdings die Industrieregionen im Rheinland und Sachsen nicht etwa überflügeln.

Doch war Breslau eine Stadt von höchst eigenwilliger Prägung. Im Laufe seiner Geschichte war es nacheinander polnisches, böhmisches und preußisches Gebiet. Die Bevölkerung war überwiegend protestantisch (60%), katholisch (35%) und jüdisch (5%) – in Breslau befand sich die drittgrößte jüdische Gemeinde des Deutschen Reiches. Die jüdischen Zuwanderer kamen aus Galizien, dem russischen Teil Polens und aus Westpreußen und zogen häufig weiter nach Westen. Breslaus Lage im deutsch-polnisch-böhmischen Grenzraum und die sich daraus ergebende kulturelle Vielfalt gaben der Stadt aus heutiger Sicht ein modernes europäisches Flair – bis 1933.

Die Zahl der Bewohner Breslaus stieg von 1880 bis 1910 von 273.000 auf 490.000. Mit dem hierin sich widerspiegelnden Fortschreiten der Industrialisierung spaltete sich die Stadt zunehmend in Wohlstand und Armut. In Breslau fand der ADAV zunächst keinen Boden; er wurde hier erst 1868 gegründet, später als in vergleichbaren Regionen. Erst nach dem Gothaer Vereinigungspartei 1875 wurde der Entwicklungsrückstand aufgeholt, so dass die SPD schon 1878 die traditionelle Dominanz der Liberalen aufbrechen konnte. Sie eroberte einen der beiden Reichstags-Wahlkreise, Breslau-Ost, einige Jahre später vorübergehend auch den Wahlkreis Breslau-West. Als sich nach rund 11 Jahren abzuzeichnen begann, dass sich im Reichstag keine Mehrheit für die erneute Verlängerung des Sozialistengesetzes finden würde, gründeten die Breslauer Sozialdemokraten am 1. Januar 1890 eine neue stabile Parteiorganisation, den „Sozialdemokratischen Arbeiterverein für Breslau und Umgebung“, im gleichen Jahr auch ihre Zeitung, die „Breslauer Volkswacht“. Die Gründer waren Tischler, Schneider, Schumacher, Zigarrenmacher, Steindrucker, Schlosser, Former, Dreher – also ein Gemisch aus alten, langsam absterbenden Gewerben und neuen Facharbeiterberufen.

Vormann der Breslauer Sozialdemokraten wurde Paul Löbe. Löbe wurde 1875 in Liegnitz geboren und ging nach seiner Schriftsetzerlehre erst einmal auf die unter Handwerkern immer noch übliche Wanderschaft, die ihn bis nach Rom und Neapel brachte – solche Wanderschaft war und blieb so etwas wie eine höhere Schule. 1895 wurde er Mitglied der SPD und kam nach beruflicher Tätigkeit in Thüringen 1898 nach Breslau und arbeitete hier zunächst als Schriftsetzer in der „Volkswacht“. Ein Jahr später kam er in die Redaktion und wurde 1903 deren Chefredakteur; das blieb er bis 1920, d.h. bis zu seinem Weggang nach Berlin, wo er als Reichspräsident bis 1932 amtierte.¹

¹ Auf Details des Lebenswegs von Paul Löbe kann hier nicht eingegangen werden. Besonders informationsreich ist die Monografie von Theodor Oliva, Paul Löbe. Ein sozialdemokratischer Politiker und Redakteur. Die schlesischen Jahre (1875 – 1919), Neustadt a. d. Aisch 2003; ferner: Ders., Die Breslauer Sozialdemokratie in der wilhelminischen Ära 1890-1918, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau, Insingen 2005, S. 458-507); Ders., Die deutsche Arbeiterbewegung in Breslau, [hpt://library.fes.de/breslau/einfuehrung.pdf](http://library.fes.de/breslau/einfuehrung.pdf). Ergänzend sei verwiesen auf Roland B. Müller, Otto Wagner (1877-1962) im Spannungsfeld von Demokratie und Diktatur. – Oberbürgermeister in Breslau und Jena, Leipzig 2012.

Die Redaktion der Breslauer „Volkswacht“ wirkte nicht nur umfassend meinungsbildend, sondern übernahm auch noch, wie seinerzeit in vielen Fällen üblich, nebenbei zunächst auch die Arbeit der Parteiorganisation; erst 1906, als die Breslauer SPD 6.000 Mitglieder zählte, wurde ein besoldeter Parteisekretär eingestellt. Max Tockus, der von 1905 bis 1933 den Verlag der Zeitung leitete, blieb Ansprechpartner für junge politisch interessierte Leute.²

Im Mai 1899 veranstaltete die Breslauer SPD zwei Abende, auf denen das Buch von Eduard Bernstein „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ (Stuttgart 1899) diskutiert wurde und Löbe sich als Anhänger Bernsteins bekannte. Der Diskussionsverlauf zeigte, dass Löbe damals keineswegs die Mehrheit der Partei auf seiner Seite hatte.³ Als 1902, nach dem Tod von Bruno Schönlanke, der den Wahlkreis Breslau-West von 1893 bis 1901 im Reichstag vertreten hatte, dieser Wahlkreis neu besetzt werden musste, erhielt Bernstein, der 1900 aus dem englischen Exil zurückgekehrt war, von den Breslauer Sozialdemokraten nur eine knappe Mehrheit für seine Kandidatur. Aber er eroberte dann den Wahlkreis sogar im 1. Wahlgang. Wie Bernstein war auch Löbe der Meinung, dass Wahlrechtsdemonstrationen gegen das preußische Drei-Klassen-Wahlrecht zu befürworten waren als Mittel zur Erweiterung der politischen Rechte und nicht, wie Rosa Luxemburg es sah, als „Hammerschlag der Revolution“.

Löbe, der deutlich zum rechten Zentrum in seiner Partei gehörte (wie Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann), suchte dennoch immer einen Ausgleich der Auffassungen und Interessen in seiner Partei, und so verwundert es nicht, dass im April 1910 Rosa Luxemburg nach Breslau kam und vor 1.200 Menschen sprach und Löbe die Versammlung leitete.

Auch in Breslau waren die Akteure der Sozialdemokratie Angehörige einer Generation, der sogenannten „Generation Ebert“, also geboren kurz vor oder nach 1870 (zu unterscheiden von Eduard Bernstein, der 1850 geboren wurde). Sie hatten Karl Marx und Friedrich Engels nicht mehr persönlich kennengelernt und vertraten aufgrund ihrer Sozialisation einen pragmatischen Politikansatz, ohne die politisch-theoretische Grundmotivation, man kann auch sagen: ohne den damaligen ‚Partei marxismus‘ für ihr Handeln aufzugeben. Bei den

Die genannten Publikationen enthalten Hinweise auf die ältere Literatur. Auch Löbes Lebenserinnerungen (Der Weg war lang. 5. Aufl. Berlin 2002) sind immer noch lesenswert.

² Fritz Sternberg (1895-1963) erinnerte sich lebhaft an Tockus, den er als 15-jähriger Gymnasiast erstmals aufsuchte, um seine kleinen Artikel vor allem über Tennissport los zu werden. Tockus überzeugte 1912 Sternberg davon, sich nicht von seinem väterlichen ‚Klassenfeind‘, einem relativ wohlhabenden jüdischen Justizrat, zu trennen, sondern diesen erst einmal sein Studium bezahlen zu lassen. - Tockus, geboren 1875, flüchtete 1933 erst nach Prag, dann Palästina und gelangte schließlich nach New York, wo er als Lagerarbeiter und Packer seinen Lebensunterhalt verdiente. 1956 kehrte er nach Deutschland (Frankfurt/Main) zurück und starb 1967. - Tockus war der Schwager von Hermann Müller, dem späteren Reichskanzler, geboren 1876 in Mannheim, aufgewachsen in Dresden. Müller absolvierte eine kaufmännische Lehre und trat 1893 in die SPD ein. In Breslau arbeitete er in einem Beruf und wechselte 1899 als Redakteur zur „Görlitzer Volkswacht“. 1906 wurde er zum Sekretär des Parteivorstandes in Berlin gewählt.

³ Zur SPD Breslaus gehörte damals auch Otto Buchwitz, 1879 in Breslau geboren. Er lernte hier den Beruf des Metalldrückers und Eisendrehers und gehörte seit 1898 der SPD an. Wohl erst 1908 verließ er Breslau, um in Chemnitz als hauptamtlicher Funktionär der Gewerkschaft der Textilarbeiter zu arbeiten. Nach der Revolution 1918/19 wurde er Politischer Sekretär des SPD-Bezirksverbandes Niederschlesien mit Sitz in Görlitz. Nach 1945 gehörte er zur Spitze der SED-Führung.

Reichstagswahlen 1912 erreichte die Breslauer Sozialdemokratie den Höhepunkt ihres erfolgreichen Wirkens: Sie gewann beide Wahlkreise. Bernstein holte seinen Wahlkreis Breslau-West im ersten Wahlgang mit 58% der Stimmen, Gustav Bauer⁴ nach der Stichwahl den Wahlkreis Breslau-Ost mit 53,8%. Kein Zweifel: Breslau war mehrheitlich rot geworden. Die Arbeiter dachten, so darf man vermuten, an gerechte Preise und Löhne, angemessene Arbeitsbedingungen und ausreichende Wohnverhältnisse und nicht an eine Revolution zwecks ‚Weltzertrümmerung‘. Die Breslauer SPD bot damals dem Betrachter ein buntes Bild: So gehörte seit 1896 zu ihren Mitgliedern eine Herzogin von Württemberg, die einen Bürgerlichen geheiratet hatte und Pauline Willim (1854 – 1914) hieß. Als Motiv für ihren Eintritt kann man eine Äußerung von ihr aus dem Jahre 1895 verstehen: „Ich achte das Proletariat, zu dem ich leider nicht gehöre, zu dem ich aber gern gehören möchte.“⁵ Löbe erhielt als Chefredakteur der „Volkswacht“ ein Erbe für die Partei von 15.000 Mark, was dem Monatslohn von 75 qualifizierten Facharbeitern entsprach.

1914 wollten die Breslauer Sozialdemokraten den Krieg mit Frankreich nicht, aber der mit Russland, dem abgrundtief gehassten Zarenreich, erschien ihnen zum eigenen Schutz unvermeidbar, nachdem ein internationaler Generalstreik gegen den Ausbruch des Krieges nicht zustande gekommen war. So wurde auch für die Breslauer die Bewilligung der Kriegskredite fast zwangsläufig und damit verbunden auch die Burgfriedenspolitik der Mehrheit der Partei. Allerdings betrieb man in Breslau auch keine Ausgrenzung der oppositionellen Minderheit. Die sich 1916 abzeichnende Spaltung erst der Fraktion und bald darauf auch der Partei traf die Breslauer Sozialdemokraten besonders hart: Ihr Abgeordneter Bernstein gehörte nämlich zu der sich abspaltenden Minderheit, und der andere Abgeordnete Bauer fuhr die harte Linie der Parteirechten. Löbe versuchte noch eine Zeitlang erfolglos zu vermitteln, wobei er selber grundsätzlich die Position der Mehrheit vertrat, und so wurde denn auch die Breslauer Sozialdemokratie eine feste Burg der Partei-Mehrheit.

Und die Revolution 1918/19 verlief friedlich; es wurde ein Volksrat gebildet aus Arbeitern, Soldaten und (was damals nicht häufig war) Vertretern des liberalen Bürgertums. Neben Löbe war der führende Mann im Volksrat der Gewerkschafter Fritz Voigt, der später Polizeipräsident von Breslau wurde und Leiter des zentralen gewerkschaftlichen Bauunternehmens „Bauhütte“.⁶

Nachdem Rosa Luxemburg am 8. November aus dem Kletschkauer Gefängnis entlassen worden war, trafen sich Löbe und sie einen Tag später: Sie umarmen sich spontan und er gibt ihr einen Kuss auf die Wange. Als sie für die am 10. November, einem Sonntag,

⁴ Gustav Bauer wurde 1870 in Darkehmen/Ostpreußen geboren, besuchte die Volksschule in Königsberg, absolvierte eine Lehre als Bürogehilfe und arbeitete in seinem Beruf bis 1902 u.a. als Bürovorsteher in einer Königsberger Anwaltskanzlei. 1895 gründete er den Bürogehilfenverband mit und war seit 1903 dessen hauptamtlicher Sekretär. 1908 wurde er Zweiter (hauptamtlicher) Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften. Reichskanzler war er 1919/1920, den Wahlkreis Breslau vertrat er bis 1920.

⁵ Vgl. Jürgen W. Schmidt, Eine geborene Herzogin von Württemberg wird Sozialdemokratin in Breslau, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte, Stuttgart 2004, S. 515-518.

⁶ Fritz Voigt (1882 – 1945), ein gelernter Bauarbeiter, war später beteiligt am Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur und wurde noch im März 1945 hingerichtet.

stattfindenden großen Versammlung in der Jahrhunderthalle Rederecht haben will, ist er dafür, nur soll sie nicht als erste Rednerin auftreten. Der Volksrat indessen ist strikt dagegen, und Rosa fährt nach Berlin. Auf der Versammlung reden nun zwei Mehrheitssozialdemokraten: Paul Löbe und der Erbauer der Halle Hauptmann Max Berg als Vertreter der Soldaten und inzwischen auch Sozialdemokrat. „Zum Abschluss sang die Versammlung die Internationale“ und ein bis zu 30.000 Menschen langer Zug zog durch die Stadt bis zum Schlossplatz, „wo zum Zeichen der neuen Zeit zwei rote Fahnen gehisst wurden“.⁷

Erst im Februar 1919 verlor die Revolution ihr friedliches Gesicht, als bei einer von der USPD initiierten Arbeitslosen-Demonstration Unruhen mit 17 Toten ausbrachen. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung erzielte die SPD im neuen Wahlkreis Breslau (Mittelschlesien) 48,2% (USPD 1%), im Stadtgebiet sogar 54%, und bei den Kommunalwahlen im März 1919 eroberte sie 52 von 100 Sitzen (USPD 1). Aber auch Breslau blieb nicht unbehelligt von der paramilitärischen Konterrevolution. Während des Kapp-Putsches im März 1920 wurde der 25jährige Bernhard Schottländer von Freikorps-Soldaten verschleppt, ermordet und in die Oder geworfen. Schottländer, aus einer wohlhabenden jüdischen Kaufmannsfamilie stammend, hatte sich 1917 der USPD angeschlossen und 1919 die „Sozialistische Studentengemeinschaft“ gegründet.⁸

Löbes Nachfolger als Chefredakteur der „Volkswacht“ wurde 1920 Immanuel Birnbaum – auch er war einer aus der jüngeren Generation, die der „Generation Ebert“ folgte, die man vielleicht „Generation Erster Weltkrieg“ nennen könnte.⁹

Mitte der 1920er Jahre zeichnete sich in der gemäßigten reformorientierten Breslauer Sozialdemokratie eine radikale Wende ab. Sie hatte handfeste konkrete Grundlagen: Breslau hatte nach Osten neue Grenzen erhalten, Absatzgebiete verloren, aber auch landwirtschaftliche Überschussgebiete, wodurch sie die Nahrungsmittel verteuerten, und die Arbeitslosigkeit lag in Breslau über dem Reichsdurchschnitt. Die anhaltende Krisensituation enttäuschte auch in Breslau die Arbeiter über die junge Republik und erst recht die jungen sozialistischen, meist jüdischen Intellektuellen, die fast alle den Krieg und seinen barbarischen Charakter kennengelernt hatten. Die Wahlergebnisse für die Breslauer SPD spiegelten diese Enttäuschung wider: 1920 erreichte die SPD nur 39,6% (USPD 6,6), 1924 im Wahlkreis 28,7% (KPD 6,3%, im Stadtgebiet 28%; bis 1923 hatte die Partei überdies die

⁷ Oliva, Löbe, S. 290.

⁸ Vgl. Knut Bergbauer / Stefanie Schüler-Springorum, „Tote auf Urlaub...“ Bernhard Schottländer und Ernst Eckstein – Zwei jüdische Sozialisten aus Breslau, in: Andreas Brämer, Arno Herzig, Krzysztof Ruchniewicz, Jüdisches Leben zwischen Ost und West, Göttingen 2014.

⁹ Birnbaum wurde 1894 in Königsberg als Sohn des Kantors Eduard Birnbaum geboren, seine Mutter stammte aus Breslau. 1926 ging er als Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ nach Warschau. Nach 1945 war er lange Jahre stellvertretender Chefredakteur „Süddeutschen Zeitung“. – Nach ihm verjüngte sich die Redaktion nochmals: von 1927 bis 1933 war Rolf Reventlow (geboren 1897 in München als Sohn der Schriftstellerin Franziska Gräfin Reventlow) für die Lokalberichterstattung zuständig und seine Frau Else (geboren 1897 in Elbing) für Kultur und Bildung.

Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Erst 1928, nach den wenigen Jahren vermeintlicher Stabilität, konnte die SPD wieder Zugewinne verzeichnen: im Wahlkreis 37,8%, im Stadtgebiet sogar 41,8%.

Da waren aber die ‚jungen Wilden‘ bereits ein beachtlicher politischer Faktor im linken Lager geworden. Ausgelöst hatte den Prozess 1923 die Initiative Fritz Sternbergs, eine „Marxistische Arbeitsgemeinschaft“ zu gründen, der junge Arbeiter, Gewerkschafter, Studenten, Jungsozialisten und sogar einige KPD-Mitglieder trotz des Verbots ihrer Parteileitung angehörten.¹⁰ Sternberg entwickelte sich damals, beginnend in Breslau, zum „Star des radikalen jugendlichen Linkssozialismus der Weimarer Jahre“, ja, zum „theoretischen Stichwortgeber einer intellektuellen Generation junger Sozialisten“.¹¹

Bedeutsam wirkte im gleichen Umfeld ein weiterer Breslauer jüdischer Bürgersohn: Siegfried Marck, ein promovierter und habilitierter Philosoph und Soziologe, geboren 1889. Er war zunächst politisch nationalliberal orientiert und gehörte einer liberalen jüdischen Gemeinde an. Im Ersten Weltkrieg Soldat wurde er zum Pazifisten und trat in die MSPD ein. 1918/19 gehörte er dem Breslauer Soldatenrat an, wurde später zum Stadtverordneten gewählt und kümmerte sich nach 1918 um die Bildungsarbeit von Partei und Kommune. Auch er gehörte zur „Marxistischen Arbeitsgemeinschaft“, ohne sich als Marxist zu verstehen.¹²

Der Mann der Linken in der Partei wurde Ernst Eckstein, auch einer aus der „Generation Erster Weltkrieg“: 1897 in Breslau geboren, sein Vater war ein jüdischer Kleinhändler, seine Mutter Köchin in einer jüdischen Gemeinde, er studierte Jura und schloss das Studium mit den Staatsexamen und der Promotion ab und eröffnete ein Anwaltsbüro, in das vor allem ‚kleine Leute‘ kamen. Sozialdemokrat wurde er bereits zu Studienzeiten, als Soldat wurde auch er zum Pazifisten und gehörte 1918/19 dem Breslauer Soldatenrat an. Seit 1920 vertrat er auf den SPD-Parteitag die Breslauer Sozialdemokratie, deren Vorstand er seit 1924 als einer der beiden Vorsitzenden angehörte. 1924 heiratete er Clara Ziels, eine Landarbeitertochter, die die Frauenarbeit der SPD organisierte und 1928 unbesoldete Stadträtin wurde; sie starb 1931 an Krebs (nach anderer Quelle an Tuberkulose). Eckstein wurde über Breslau hinaus bekannt durch seine strikt antimilitaristischen Positionen und gehörte zum Autorenkreis des „Klassenkampf“, der Zeitschrift der Parteilinken.

Am 2. Oktober trennten sich die Linken, voran Ernst Eckstein, von der SPD und schlossen sich der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) an, die versuchen wollte, eine Brücke

¹⁰ Fritz Sternberg wurde 1895 als jüngstes Kind einer wohlhabenden jüdischen Familie in Breslau geboren, hatte Nationalökonomie studiert, und war zunächst in der zionistisch-sozialistischen Jugendbewegung aktiv geworden. Auch er war Soldat im Ersten Weltkrieg. 1923 trennte er sich vom Zionismus und wandte sich einer Revision einiger Elemente der Marxschen Theorie zu; den Abschluss seiner Studien bildete sein epochales Werk „Der Imperialismus“ (erschienen 1926).

¹¹ Franz Walter, „Republik, das ist nicht.“ Partei und Jugend in der Krise des Weimarer Sozialismus, Bielefeld 2011, S. 213, 288.

¹² Marck wurde 1924 apl. Professor, 1930 Lehrstuhlinhaber. Im Exil lebte er in Chicago, wo er 1967 starb. – Markus Schulz, Göttingen, befasst sich in seiner vor dem Abschluss stehenden Dissertation mit „Siegfried Marck. Politische Biographie eines Intellektuellen und Sozialdemokraten“.

zwischen SPD und KPD zu bauen mit dem Ziel einer Aktionsgemeinschaft gegen den Nationalsozialismus. 80% der Parteifunktionäre, so heißt es, folgten Eckstein, jedenfalls von den Stadtverordneten 16, während bei der SPD 18 verblieben. Auch der Reichstagsabgeordnete für Breslau, Hans Ziegler, wechselte zur SAPD, nicht jedoch der Stellvertreter des Oberbürgermeisters Karl Mache und auch nicht Siegfried Marcks, obwohl er bei seinen linkssozialistischen Positionen blieb.¹³ Breslau wurde zu einer ‚Hochburg‘ der SAPD – aber was bedeutete das? Reichsweit erreichte die Partei bei der Reichstagswahl im Juli 1932 0,2%, in Breslau 0,7 der Stimmen, die SPD 25,9% und die KPD 10,4%, die NSDAP erhielt bei der gleichen Wahl 43,5% der Stimmen, eine der höchsten Stimmenanteile im Reichsgebiet.

Das Ende der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Breslau war so schrecklich wie überall in Deutschland in ihren Hochburgen, vielleicht sogar in besonderer Weise, weil in Breslau mit dem SA-Obergruppenführer und Polizeipräsidenten Edmund Heines ein besonders brutaler Nazi wütete. Löbe, Mache und Lüdemann wurden ins KZ Dürrgoy, gelegen im gleichnamigen Stadtteil Breslaus verschleppt und in unwürdiger Weise behandelt. Nur Rolf Reventlow, schon lange im Visier von Heines, gelang die Flucht. Auch Ernst Eckstein, der bereits im Sommer 1932 durch einen Handgranatenanschlag auf seine Wohnung bedroht worden war, hätte fliehen können, aber er wollte bei den Arbeitern bleiben. In der Nacht des Reichstagsbrandes am 27. Februar 1933 wurde er verhaftet und im KZ Dürrgoy und möglicherweise im KZ Oels schwer misshandelt und starb nach einem Selbstmordversuch am 8. Mai 1933 Seine Beerdigung wurde mit mehr als tausend Menschen zur letzten großen Demonstration der Arbeiterbewegung in Breslau.¹⁴

Königsberg war zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein Zentrum der von der europäischen Aufklärung geprägten preußischen Reformzeit, in der Bauernbefreiung, Gewebefreiheit und kommunale Selbstverwaltung durchgesetzt wurden. Als diese Reformzeit 1807 begann, war der große Königsberger Philosoph der Aufklärung Immanuel Kant erst drei Jahre tot. Ein erkennbarer wirtschaftlicher Aufschwung begann in Königsberg und Ostpreußen überhaupt jedoch erst um 1850, vor allem durch den Ausbau der Infrastruktur – durch die Eisenbahn und die Modernisierung der Hafenanlagen. So mauserte sich Königsberg zu einer Metropole, gekennzeichnet durch den Sitz der Provinzverwaltung, die Universität, als bedeutender Handelsplatz und nicht zuletzt als Begegnungszentrum weit über die Grenzen Deutschlands

¹³ Hans Ziegler (1877-1957) gelernter Dreher und hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär, seit 1913 SPD, 1917 USPD, wurde 1928 unbesoldeter Stadtrat und 1930 in den Reichstag gewählt. – Karl Mache (1880 – 1944) war gelernter Bäcker und seit 1908 hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär, seit 1919 in Breslau hauptamtlicher Parteisekretär für Mittel- und Oberschlesien. 1933 und nochmals 1944 verhaftet, starb er im Oktober 1944 im KZ Gross-Rosen. – Zu den bekannten Sozialdemokraten in Breslau gehörte auch Hermann Lüdemann (1888-1959), von Beruf Ingenieur, seit 1912 Mitglied der SPD, 1928 – 1932 Oberpräsident der Provinz Niederschlesien mit Sitz in Breslau, 1947 – 1949 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. – Es gab eine Reihe von Linken, die in der SPD blieben, z.B. auch der stellvertretende Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung Arkardij Gurland.

¹⁴ Über den Widerstand der Breslauer Arbeiterbewegung gibt es einige informative Untersuchungen vgl. z.B. Günter Wehner, Widerstandaktivitäten in Breslau 1933 bis 1936, in: Cornelia Domaschke u.a.(Hrsg.), Widerstand und Heimatverlust. Deutsche Antifaschisten in Schlesien, Berlin 2012, S. 97-76.

hinweg. 1910 hatte die Stadt 246.000 Einwohner und war damit auch nach damaligen Auffassungen keine echte Großstadt, denn der Grad der Industrialisierung war gering, und es gab folglich nur wenig ‚echte‘ Industriearbeiter, um so mehr um Königsberg herum eine große Landarbeiterschaft.¹⁵

In Königsberg, das doch so wenig als Fall für einen Frühstart in der Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Deutschland gelten konnte im Vergleich zu Leipzig, gab es genau einen solchen. Der in Königsberg geborene jüdische Arzt Johann Jacoby, ein Kämpfer für die Gleichberechtigung der Juden und 1848er Revolutionär, schloss sich 1872, enttäuscht vom bürgerlichen Linksliberalismus, der Sozialdemokratie an – er starb 1877 in Königsberg. Wie in Breslau bot auch in Königsberg das Ende des Sozialistengesetzes der SPD die Möglichkeit zu einem schnellen Aufstieg. Bereits 1890 gewann sie mit 12.370 Stimmen 49,3% der Wähler und damit das Reichstagsmandat; fast ungebrochen stieg die Partei weiter auf: 1893 45,2%, 1898 52,1%, 1903 49,5%, 1907 47,8%, 1912 51,7%, letztere bei fast 20.000 Stimmen.¹⁶ Ein besonderes Phänomen war die Mitgliedschaft bürgerlicher Großgrundbesitzer in der SPD wie Adolf Hofer, dem 1913 sogar der Sprung in das vom Dreiklassenwahlrecht bestimmte Preußische Abgeordnetenhaus gelang.¹⁷ Parallel dazu versuchte die SPD, ihre politische Basis durch Landarbeiteragitation zu erweitern. Das brachte in die Königsberger bzw. ostpreußische Sozialdemokratie von Anfang an eine nicht unproblematische Doppelorientierung. Einerseits behielt sie durch ihre Position einer Minderheit im konservativen Ostpreußen in Inhalt und Stil ihrer Politik eine radikale Orientierung; andererseits verpflichtete sie die Einbeziehung der Landarbeiterschaft zu einer auf deren Gegenwartsbedürfnisse zugeschnittenen Politik, die dann auch schon manchmal zu einer Ablehnung der „Parteiintellektuellen“ in der SPD führen konnte.

Deutlich wird diese Doppelorientierung an den Persönlichkeiten, die die Königsberger Sozialdemokratie repräsentierten. Da ist zuerst zu nennen Alfred Gottschalk, geb. 1863 in Königsberg, ein praktischer Arzt jüdischer Herkunft, der sich bereits als Student der SPD angeschlossen hatte. Er war über viele Jahre Vorsitzender der Königsberger SPD und der SPD- Stadtverordneten-Fraktion – ein von seinen Genossen geradezu verehrter und geliebter Mann, aber auch in bürgerlichen Kreisen hochgeachtet.¹⁸ Der zweite Sozialdemokrat, der ebenfalls als Gründervater angesehen werden kann, war Hugo Haase, ebenfalls 1863 geboren, nicht in Königsberg, sondern in Allenstein, auch er jüdischer Herkunft. Beide bildeten eine Zwischengeneration zwischen den Generationen Bebel und Ebert, beide

¹⁵ Vgl. Andreas Kossert, Ostpreußen. Geschichte und Mythos, Berlin 2005.

¹⁶ Die Zahlen sind entnommen bei Stefanie Schüler-Springorum, Die jüdische Minderheit in Königsberg/Preußen. 1871-1945, Göttingen 1996.

¹⁷ Adolf Hofer (1868-1935) war seit 1889 Sozialdemokrat; ihm gehörten die Güter Skaisgirren und Pleinlauken; Max Herbig besaß vor den Toren Königsbergs den Maraunenhof; Ernst Ebbard hatte ein Gut in der Nähe der Stadt Biälla. Vgl. Wilhelm Matull, Ostdeutschlands Arbeiterbewegung. Abriss ihrer Geschichte, Leistung und Opfer, Würzburg 1973, S. 320.

¹⁸ Vgl. Wilhelm Matull, Ostpreußens Arbeiterbewegung. Geschichte und Leistung im Überblick, Würzburg 1970; Schüler-Springorum, Die jüdische Minderheit; Helga Kutz-Bauer, Königsberger Schnittmuster. Von Glück und Not, 1807-1923, Würzburg 2008; dies., Königsberger Kreuzwege. Von glücklichen Tagen und schrecklichen Zeiten 1923-1945, Würzburg 2008.

bewahrten sich ihre Ursprungsradikalität, auch als die „Generation Ebert“ in Königsberg die Zügel in die Hand bekam. Deren ‚Vertreter‘ wurde Otto Braun.

Hugo Haases Vater war Schumacher und kam aus Westpreußen, Provinz Posen, während seines Militärdienstes nach Ostpreußen; später betrieb er einen Flachshandel und wurde zu einem relativ gut situierten Kaufmann. So konnte Hugo, der Älteste von zehn Kindern, in Königsberg Jura, Nationalökonomie und Philosophie studieren. Nach Abschluss seiner Studien eröffnete er 1888 in Königsberg eine Rechtsanwaltskanzlei. Wie Gottschalk der Arzt der Armen war, so Haase der Rechtsvertreter der kleinen Leute – in ganz Ostpreußen gab es außer ihm keinen sozialdemokratischen Anwalt mehr. Und so verteidigte er erfolgreich Arbeiter, Bauern, Gewerkschafts- und Parteifunktionäre. Sein größter Erfolg wurde 1904 der „Königsberger Prozess wegen Geheimbündelei, Hochverrat gegen Russland und Zarenbeleidigung“; zusammen mit zwei weiteren Rechtsanwälten, von denen einer Dr. Karl Liebkecht hieß, verteidigte er neun Angeklagte vor dem Königsberger Landgericht, die meistens freigesprochen wurden, darunter Otto Braun.

Haase gehörte seit 1887 zur Königsberger Sozialdemokratie; 1893 errang er das erste Mandat für die SPD in der Stadtverordnetenversammlung. Als 1897 Karl Schulz, der den Königsberger Wahlkreis seit 1890 im Reichstag vertreten hatte, verstarb, rückte Haase nach und behielt den Wahlkreis bis 1918, mit Ausnahme der Jahre 1907 bis 1912. Seine Frau Thea Lichtenstein stammte aus einer bekannten jüdischen Familie und teilte sein politisches Engagement, indem sie sich mit Lese- und Diskussionsabenden in ihrer Wohnung um die sozialdemokratischen Frauen bemühte.¹⁹

Otto Brauns Vater Carl war Schumacher in militärischen Diensten, später ein einfacher Eisenbahnarbeiter, der für acht Kinder zu sorgen hatte. Braun, 1872 in Königsberg geboren, lernte Steindrucker. Bereits mit 16 Jahren schloss er sich der SPD an, gab 1894 seine Buchdruckerarbeit auf und gründete die sozialdemokratische Zeitung „Volkstribüne“ (später „Königsberger Volkszeitung“). Hier war er alles gleichzeitig: Redakteur, Verleger, Anzeigenrequisiteur, Berichterstatter, Drucker, Zeitungsausträger. 1897 wurde er Vorsitzender der SPD Ostpreußens und wechselte 1899 seine berufliche Tätigkeit noch einmal: Er übernahm die Leitung (und blieb dies bis 1911) der Allgemeinen Ortskrankenkasse Königsberg, in der 35 lokale und betriebliche Kassen zusammenfassen musste. 1902 erfolgte dann auch noch seine Wahl in die Königsberger Stadtverordnetenversammlung. Kein Zweifel: Aus dem einst den Ideen des Anarchosyndikalismus zugeneigten jungen Sozialisten

¹⁹ Es werden in den einschlägigen früheren Darstellungen von Matull und anderen Autoren auch die Namen von sozialdemokratischen Frauen genannt, selten folgen konkretere Angaben über deren Leben und politische Arbeit. Nicht ausgeschlossen, dass sich weitere konzentrierte Nachforschungen lohnen würden.- Wilhelm Matull, Hugo Haase und Otto Braun, in: Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg, Bd. 16, 1966, S. 171-195; Dieter Engelmann / Horst Neumann, Hugo Haase. Lebensweg und politisches Vermächtnis, Berlin 1999; Helga Kutz-Bauer, Hugo Haase. Idol der Arbeiterbewegung, in: Vorwärts vom 5. November 2009.

war ein pragmatischer Politiker geworden: willensstark, sachlich, nüchtern, organisatorisch begabt, nur rhetorisch nicht, aber fast 1,90 m groß.²⁰

Im Herbst 1911 verließen Haase und Braun Königsberg in Richtung Berlin. Da sind sie dann schon bald keine politischen Freunde mehr, die miteinander auszukommen vermögen, weil der eine, Haase, sich um die Arbeiterjugend kümmert, und der andere, Braun, um die Landarbeiter. Sie werden vielmehr innerparteiliche Gegner.

Gottschalk, Haase und Braun waren zweifellos die Alphetiere der Königsberger Sozialdemokratie, aber sie hatten viele beachtenswerte Mitstreiter. Da sind zuerst zu nennen die Redakteure der „Königsberger Volkszeitung“. Neben Braun war der gelernte Korbmacher Gustav Noske (1868-1946) 1897 bis 1902 in der Redaktion tätig, ihm folgte 1903/04 der in Königsberg geborene Ludwig Quessel (1872-1931), der erst Uhrmacher lernte und dann Staatswissenschaften studierte und promovierte. Seit 1890 Sozialdemokrat war er später vor allem in Hessen politisch tätig. Quessel folgte Arthur Crispian (1875-1946), in Königsberg geboren und aufgewachsen, ursprünglich Theatermaler und dann Krankenkassenangestellter. Er blieb bis 1906 in der Redaktion und ging dann als SPD-Parteisekretär nach Danzig; ab 1912 war er wieder Redakteur, diesmal in Stuttgart. Ein fast vergessener, von Anfang ausgesprochen linker Sozialdemokrat, Karl Marchionini (1875-1926), trat Ende der 1890er Jahre in die Redaktion ein. In Heilsberg geboren und ursprünglich Maler wurde er für viele Jahre in die Königsberger Stadtverordnetenversammlung gewählt, wo er für das Schul- und Armenwesen zuständig war. Auch in der Landarbeiteragitation spielte er eine Rolle und schrieb darüber auch in der „Neuen Zeit“, der zentralen Wochenschrift der SPD.²¹ Die „Volksstimme“ hatte 1910 5.000 Abonnenten. Auch Ferdinand Mertins (1864-1943) muss genannt werden, ursprünglich Schumacher, dann Redakteur und schließlich der Vorsitzende der Freien Gewerkschaften in Königsberg, später Mitglied im Preußischen Landtag.²²

Fast alle kamen aus sogenannten ‚kleinen Verhältnissen‘, lernten erst einmal teilweise widerwillig solide Handwerksberufe, ehe sie klassisch zu nennende Aufsteiger-Karrieren in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung beginnen konnten. Die meisten, über die hier zu reden war, gehörten zur „Generation Ebert“; aber es gab offensichtlich auch in Königsberg, der Stadt mit einer geistesgeschichtlichen, teilweise jüdisch geprägten Tradition ein der Sozialdemokratie verbundenen oder ihr nahestehendes intellektuelles Umfeld. Conrad Schmidt (1863 – 1932) war ein vor 1914 nicht unbekannter neukantianischer Publizist;²³ er war der ältere Bruder von Käthe Kollwitz (1867 – 1945); beider Eltern standen

²⁰ Vgl. Matull, Hugo Haase und Otto Braun; Manfred Görtemaker (Hrsg.), Otto Braun. Ein preußischer Demokrat, Berlin-Brandenburg 2014; hier auch Zeittafel und Auswahlbibliografie.

²¹ Vgl. Gerald Wiemers, Karl Marchionini – Kriegsgegner und Sozialist, in: Freiheit und Recht, H. 2/2014. S. 11 f.

²² Über die Bedeutung der Beteiligung der SPD an den Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus vor 1918 unter dem diskriminierenden Dreiklassenwahlrecht und dem Preußischen Landtag in der Zeit der Weimarer Republik vgl. Siegfried Heimann, Der Preußische Landtag 1899-1947. Eine politische Geschichte, Berlin 2011.

²³ Vgl. Dimitrij Owetschkin, Conrad Schmidt, der Revisionismus und die sozialdemokratische Theorie. Essen 2003.

bereits der Sozialdemokratie nahe. Kollwitz' Mann Karl (1863 – 1940), war in Königsberg aufgewachsen und gehörte schon vor dem Ersten Weltkrieg zu der kleinen, aber höchst aktiven Gruppe sozialdemokratischer Ärzte; er führte in Berlin eine Armenarztpraxis. Auch die Eltern von Hannah Arendt, vor allem ihre Mutter Martha geb. Cohn (1874 – 1948), waren Sozialdemokraten und bildeten einen Diskussionskreis um die „Sozialistischen Monatshefte“.²⁴

Sicherlich ließe sich, würde man weiter graben, noch mehr finden, was zu der Erklärung beitragen könnte, das und warum Königsberg, die am weitesten östlich gelegene Stadt, als durchaus rot zu nennen war. Dies zeigte sich dann in ganz besonders eindrucksvoller Weise im Ersten Weltkrieg.

Im September 1911 wurde Hugo Haase auf dem SPD-Parteitag in Jena zum Vorsitzenden der SPD neben August Bebel gewählt – die SPD hatte noch aus den Zeiten des Sozialistengesetzes eine Doppelspitze. Haase lebte nun in Berlin, blieb aber Königsberg durch sein Reichstagsmandat verbunden. Zwei Jahre später, nach Bebels Tod, bildete er mit Friedrich Ebert die Doppelspitze der SPD. Otto Bauer war 1911 als besoldeter Sekretär in den Parteivorstand mit dem Amt des Kassierers gewählt worden; zwei Jahre später wurde er zusammen mit Adolf Hofer aufgrund eines Stichwahlabkommens mit der linksliberalen Volkspartei Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses. Da war Haase bereits seit 1912 mit Philipp Scheidemann Vorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion.

Haase galt damals als der Mann, nein nicht des linken Flügels der Partei, den es in diesem ausgesprochenen Sinn noch gar nicht gab, sondern er stand links neben Bebel und Kautsky und der Mehrheit der Partei und war damit unter der kleinen Gruppe der Rechten umstritten. Tatsächlich hat er sich vor und noch zu Anfang des Ersten Weltkrieges intensiv darum bemüht, die Einheit der Partei durch eine konziliante Parteiführung zu erhalten. Aber er war nun einmal und blieb ein konsequenter Antimilitarist und engagierter Kriegsgegner. Seine Reden im Reichstag und sein Einfluss in der Zweiten Internationale zeugen davon. Als der Krieg ausgebrochen war, musste Haase gegen seinen Willen als Partei- und Fraktionsvorsitzender die Zustimmung seiner Fraktion zu den Kriegskrediten vor der Öffentlichkeit vertreten. Seither eskalierte der Dissens, geschürt vor allem von Friedrich Ebert, den Braun unterstützte. Im Dezember 1915 legte Haase den Fraktionsvorsitz nieder und stimmte erstmals im Plenum gegen die Kriegskredite, gemeinsam mit 19 Fraktionsgenossen; 22 hatten vor der Abstimmung den Saal verlassen. Im weiteren Verlauf der Spaltung kam es zum erzwungenen Rücktritt Haases vom Parteivorsitz, zur innerparteilichen Gründung der „Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft“ unter dem Vorsitz von Haase, zum Parteiausschluss der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft und schließlich im April 1917 in Gotha zur Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD). Haase wurde zu einem der beiden Vorsitzenden der neuen Partei gewählt.

²⁴ Vgl. Stefanie Schüler-Springorum, Hannah Arendt und Königsberg, in: Michael Brocke u.a. (Hrsg.), Zur Geschichte und Kultur der Juden in Ost- und Westpreußen, Hildesheim u.a. 2000, S. 511-529.

Und was passierte in Königsberg? Gottschalk, Crispian (inzwischen allerdings in Stuttgart), Hofer und einige weitere Sozialdemokraten, darunter zwei Frauen, standen wie eh und je an der Seite von Haase; fast die ganze Königsberger Sozialdemokratie, jedenfalls die Parteisekretäre, der Gewerkschaftsvorsitzende und die gesamte Redaktion der „Königsberger Volkszeitung“ (die eine eigene Zeitung „Freiheit“ gründeten) folgten Haase. Auf der militanten anderen Seite standen, wenn auch nicht mehr in der Stadt politisch aktiv: Otto Bauer, Gustav Noske und Gustav Bauer. Bei der Wahl zur Nationalversammlung erhielt die MSPD zwar immer noch 34,6%, die USPD 18,6% (im Reich 7%), aber bei der im gleichen Jahr stattfindenden Wahl der Stadtverordneten sah es schon anders aus: Die USPD erhielt 29,7%, die MSPD 20,8%. Träger der Revolution im November 1918 waren vor allem die Soldaten, die in Königsberg und Umgebung stationiert waren; in den Fabriken hatten die revolutionären Ereignisse wenig Resonanz gefunden, soweit bisher bekannt.

Hugo Haase, inzwischen Vorsitzender der USPD, bildete, flankiert von seinen Freunden Wilhelm Dittmann und Emil Barth, mit den Mehrheitssozialdemokraten Ebert; Scheidemann und Landsberg am 10. November 1918 den „Rat der Volksbeauftragten“, der als revolutionäre Regierung von dem Ausschuss der Arbeiter- und Soldatenräte anerkannt wurde. Haase versuchte zwischen den verschiedenen die Revolution tragenden Gruppen vergeblich zu vermitteln. Als dann Weihnachten 1918 die revolutionären Ereignisse in Berlin zu blutigen Auseinandersetzungen eskalierten, traten die Unabhängigen aus dem Rat der Volksbeauftragten aus; gleichzeitig gründete der linksradikale Teil der USPD die Kommunistische Partei, wogegen Haase sich vehement gewandt hatte. Haase war mit seinem Bemühen, die Einheit der Arbeiterbewegung wiederherzustellen gescheitert. Sein persönliches Ende war tragisch: Am 8. Oktober 1919 wurde er auf dem Weg zum Reichstag von einem Geistesgestörten durch sechs Revolverschüsse schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt; am 7. November verstarb er an einer Blutvergiftung im Alter von 58 Jahren.

Der zwölf Jahre jüngere Otto Braun war am 12. November 1918 mit mehreren Genossen der MSPD im preußischen Staatsministerium erschienen, um die Dienstgeschäfte der neuen politischen Gewalt zu übernehmen und wurde am gleichen Tag Preußischer Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten; ihm zur Seite stand als Vertreter der USPD Adolf Hofer. Für Braun begann nun der Aufstieg zum „roten Zaren von Preußen“ und der Aufbau des demokratischen Bollwerks Preußen. Nach dem Kapp-Putsch wurde er Preußischer Ministerpräsident – mit kurzer Unterbrechung für 12 Jahre. Nach Ostpreußen kam er nur noch selten – als passionierter Jäger.

Noch einmal erlebten die Königsberger Sozialdemokraten eine aufregende Sache: Im Kapp-Putsch im März 1920 stellte sich der sozialdemokratische Oberpräsident August Winnig (1878 – 1956) auf die Seite der Putschisten. Der einstige Maurer, seit 1896 in der SPD und bekannter Gewerkschaftspublizist, hatte 1914 zu der kleinen Gruppe nationalistisch eingestellter Sozialisten in der SPD gehört und sein Amt 1919 übernommen. Er wurde abgesetzt und aus Partei und Gewerkschaft ausgeschlossen.

Über die weitere Entwicklung der Königsberger SPD in der Weimarer Republik ist noch nicht viel bekannt. Die Quellenlage ist nicht so günstig wie für Breslau, aber die Nachrichten darüber häufen sich, dass sich mit viel Geduld und Engagement gesammeltes Material noch in Privathänden finden lassen könnte; das gilt auch für Stettin und Danzig. Offensichtlich gelang es der Königsberger SPD in den 1920er Jahren, das eigenständige politisch-soziale Milieu zu erhalten und auszugestalten, liest man doch von den Chören des Arbeitergesangsvereins „Vorwärts“, vom Bandoneonorchester, von der Volksbuchhandlung und der Volksbücherei. Auch wirkte von 1928-1931 Hermann Scherchen (1891 – 1966) als Generalmusikdirektor in Königsberg; er hatte 1918 das bekannte Arbeiterlied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ aus dem Russischen übersetzt.

Auch die Wahlergebnisse in Königsberg haben einige Aussagekraft.²⁵

Nationalvers.	1919	SPD	34,6%	USPD	18,6%		
Stadt	1919	SPD	20,8%	USPD	29,7%		
Reichstag	1920	SPD	16,2%	USPD	9,8%	KPD	18,6%
Reichstag Mai	1924	SPD	15,8%	USPD	0,9%	KPD	20,7%
						NSDAP	10,3%
Stadt	1924	SPD	10,1%	KPD	18,6%		
Reichstag Dez.	1924	SPD	20,4%	KPD	17,1%	NSDAP	7,3%
Stadt	1927	SPD	23,6%	KPD	23,7%		
Reichstag	1928	SPD	26,1%	KPD	24,1%	NSDAP	1,5%
Stadt	1929	SPD	24,1	KPD	2,5%	NSDAP	5,7%
Reichstag	1930	SPD	21,1%	KPD	21,3%	NSDAP	25%
Reichstag Juli	1932	SPD	22,3%	KPD	20,0%	NSDAP	44,5
Reichstag Nov.	1932	SPD	21,5%	KPD	22,0%	NSDAP	36,2%
Reichstag März	1933	SPD	17,3%	KPD	16,3%	NSDAP	51,0%
Stadt	1933	SPD	17,1%	KPD	13,6%	NSDAP	53,8%

Die Zahlen zeigen eine gespaltene Arbeiterbewegung, eine SPD, die ihre einstige Größe bei weitem nicht mehr erreichte, eine von Anfang an starke KPD, die zu den Ergebnissen der SPD aufrückte und seit 1930 eine NSDAP, die Stimmenzahl beider Arbeiterparteien erreichte.

²⁵ Die Angaben sind übernommen aus: Schüler-Springorum, Die jüdische Minderheit, S. 376.

Früh und hart hatten in Königsberg für die Sozialdemokraten die Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialisten begonnen. Attentate und Brandanschläge der SA sind bereits für Juli und August 1932 belegt. Bei der Reichstagswahl im Juli 1932 überholte die NSDAP mit 75.097 Stimmen SPD und KPD, die zusammen 71.700 erhielten. Königsberg war nicht mehr rot, sondern braun! Im März 1933 wurde der kommunistische Reichstagsabgeordnete Walter Schütz ermordet und ebenso der jüdische Geschäftsmann Max Neumann brutal misshandelt – in der SA-Zentrale, die nun im „Otto-Braun-Haus“ ihren Standort hatte; auch Neumann starb nach wenigen Tagen an seinen Verletzungen. Einigen, die sich im Visier der Nazis befanden, gelang die Flucht, so dem Journalisten Gerhard Birnbaum, der zu seinem Bruder Immanuel nach Warschau entkam; von dort floh er 1939 nach Lemberg, wo er im April 1942 von der Gestapo ermordet wurde. Sozialdemokraten wie Max Sommerfeld (1905 – 1967), der seit Mitte der 1920er Jahre in Königsberg (vorher Danzig) lebte und das „Reichsbanner“ anführte, und Gerhard Brandes (1902-1999), ein leitender Funktionär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Königsberg, gelang es, verdeckt das Nazi-Regime zu überstehen. Auch Wilhelm Matull (1903 – 1985), in Königsberg geboren, dort 1925 Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend und seit 1928 Mitglied der Redaktion der „Königsberger Volkszeitung“, konnte die Nazi-Diktatur, obwohl verfolgt und beruflich diskriminiert, überleben. Er wurde nach 1945 der Historiker der ostdeutschen Arbeiterbewegung und ein Vorbild in der politischen Bildungsarbeit.²⁶

Auch manch anderer Sozialdemokrat aus Breslau und aus Königsberg hat nach 1945 bedeutende politische Leistungen erbracht, die die zweite deutsche Republik in ihrem demokratischen Gehalt stabilisierten. Viele haben als Flüchtlinge und Vertriebene in den Orten, in denen sie sich wiederfanden, im gleichen Sinne gewirkt und die SPD dort aufgebaut, wo sie noch keiner kannte.²⁷ Aber hierüber ist in diesem Beitrag nicht zu berichten. Zu berichten war vielmehr über das Wirken von Sozialdemokraten in zwei Hauptorten im historischen deutschen Osten und die Einsicht zu vermitteln, dass sie auch für Sozialdemokraten heute zu ihrem historischen Schatz gehören. Denn wer nicht weiß, woher er kommt, findet meist auch nicht den Weg zu seinem Ziel.

²⁶ Auch die Verfasserin dieses Beitrags hat ihm viel zu verdanken.

²⁷ Vgl. die Studie der Verfasserin: Flüchtlinge und Parteien, in: Niedersachsen. Eine Untersuchung der politischen Meinungs- und Willensbildungsprozesse während der ersten Nachkriegszeit 1945-1952/53, Hannover 1990.